

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Erste Beratung der kirchenpolitischen Vorlage.

(Fortsetzung.)

Frhr. v. Bédliß-Reutlich (freiconservativ): M. H., wir erkennen an, daß im Interesse des Staats den seelsorgerischen Nothständen, soweit es sich mit dem Ansehen und der Autorität des Staates verträgt, möglichst bald abgeholfen werden muß, und halten den Standpunkt, den die liberale Seite vertritt, nämlich den des Abwartens, der Verzögerung und Hinausschiebung, nicht für gerechtfertigt. Unsere Stellung in dieser Frage findet ihre Erläuterung in den Ausführungen des Herrn Cultusministers, wonach bei den seimezeitigen Verhandlungen in Wien die Grenzlinie für den preussischen Staat gezogen ist; für uns sind bei der gegenwärtigen Vorlage drei Gesichtspunkte maßgebend: erstens ob dieselbe prinzipielle Abweichungen von den Staatsgrundgesetzen enthält, zweitens ob damit auch der Anforderung der vollen Befriedigung der seelsorgerischen Bedürfnisse unserer katholischen Mitbürger genügt wird, drittens ob darin der Staatsregierung auch die Autorität in kirchenpolitischen Beziehungen und in Beziehung auf die Schule gewahrt wird. Prinzipiell stehen wir der Vorlage nicht entgegen, und dieselbe durchbricht den Rahmen der bestehenden Maßgebungen in keinem Punkte. (Dr. Windthorst: Hört, hört!) Das Einspruchsrecht und die Forderung einer bestimmten Vorbildung der Geistlichen bleiben erhalten. Gerade der § 4 bildet für mich und meine Freunde den Punkt, in welchem sich der Zusammenhang dieser Vorlage mit dem bestehenden Staatsgrundrecht zeigt, und von der Annahme dieses Paragraphen hängt auch unsere Stellung zum ganzen Gesetz ab (Nachen im Centrum), denn § 1 der Vorlage ermöglicht, daß das ganze geeignete Personal der katholischen Geistlichen in allen Pfarreien zur Befriedigung der seelsorgerischen Bedürfnisse herangezogen werden kann, und nimmt man die in dem Gesetze von 1882 dem Cultusminister gewährte Dispensationsbefugnis hinzu, so ist alles geschehen, was überhaupt im gegenwärtigen Augenblick gethan werden kann. In Bezug auf die Aufrechterhaltung der Autorität des Staats und die Wahrung des öffentlichen Friedens scheint es mir allerdings, als ob man diese etwas einseitig außer Acht gelassen hätte zu Gunsten der Ordnung der Seelsorge. Die gesammte Seelsorge wird sich in eine missionsartige verwandeln, ein Zustand, den auch der Abg. Holz vom conservativen Standpunkt als unerwünscht

bezeichnete. Es heißt in den Motiven, daß man auf den Zustand von 1848 zurückgehen könne; der wesentliche Unterschied ist aber der, daß damals der Staat auf die Befriedigung der Hilfssämter verzichtete, weil die Befriedigung der ordentlichen Aemter nicht ohne seine Befriedigung erfolgte, während wir jetzt wohl bald ausnahmslos zu dem Zustand gelangen werden, daß alle Stellen von Geistlichen besetzt sind, auf deren Anstellung der Staat keinen Einfluß gehabt hat. Mit dieser Vorlage geht der Staat über vom Wege der Prävention auf den der Repression. Wenn das Centrum pure und ohne Vorbehalt dem § 4 zustimmen wollte (Heiterkeit im Centrum), würden wir allerdings die Hoffnung hegen dürfen, daß wir alsbald auch zu einer ordentlichen Seelsorge kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Meine verehrten Herren: Der deutsche gemüthliche Vortrager (Heiterkeit) hat freilich dem Töne, in dem er seinen Vortrag gehalten hat, eine freundlichere Nuance gegeben, als wir es sonst bei diesen Debatten von ihm gewohnt waren; in der Sache aber ist er derselbe geblieben und wenn er, wie ich nach seinen Aeußerungen annehmen muß, die Erklärungen Namens seiner Partei gegeben hat, so ist auch die auf ihrem alten Standpunkt verblieben. Ich habe das auch von vornherein nicht bezweifelt, denn die wichtigsten Gedanken, die der verehrte Herr uns vorgetragen hat, haben wir ja bereits alle in der „Post“ gelesen. (Heiterkeit. Sehr gut! im Centrum.) Indessen gebe ich doch immer noch allem die Hoffnung nicht auf, daß auch der verehrte Herr und seine Freunde schließlich einsehen werden, daß der Standpunkt, den sie so consequent und beharrlich festgehalten auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. In dem Felsen der Kirche haben schon viele Staatsmänner Schiffbruch gelitten und ich glaube auch die neueste Geschichte liefert ein Beispiel dazu. (Bewegung.) Ich möchte dem verehrten Herrn, den ich hier auch in Zukunft sehr ungern vermissen würde, den Rath geben, doch nochmals zu prüfen, ob er bei seinen Grundthesen auch in der Commission, wo wir uns ja wohl wieder begegnen werden, beharren will. Ich beantrage zunächst, diese Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen zu einer gründlichen Erwägung und Prüfung der Lage im Ganzen und der Einzelbestimmungen, die dieser Gesetzentwurf enthält, und ich mache kein Hehl daraus, daß ich am liebsten meinen Vortrag auf diesen Antrag beschränkt hätte, weil die allgemeinen hier in Betracht kommenden Gesichtspunkte von meinem verehrten Kollegen Dr.

Reichensperger (Dlpe) dargelegt sind. Unter allen Umständen sollen die Erklärungen, die ich etwa noch gebe, durchaus nicht bindende sein, sondern nur den Zweck orientirender, informatorischer Erörterungen haben. Die definitive Entscheidung in allen Punkten, die ich berühren werde, nach jeder Richtung hin behalte ich meinen Freunden und mir bis zum Schluß vor. Es ist das nothwendig nach der ganzen Lage der Sache, in der wir uns befinden. Wir wünschen und sehen uns, dem Frieden näher zu kommen. Wir können allein die Majorität in diesen Dingen nicht gewinnen und müssen sehen, ob im Laufe der Erörterungen uns Bundesgenossen erwachsen, die entweder an dieser Vorlage Aenderungen bewirken, welche die Annahme ermöglichen, oder welche neue Ideen und Vorschläge bringen, um dem heillosen Streit ein Ende zu machen, der nun schon so lange unser Vaterland mit Ruinen bedeckt hat. — Dies vorausgeschickt, glaube ich ein wenig näher auf die Dinge eingehen zu müssen. Wo befinden wir uns eigentlich in Bezug auf den Kulturkampf, wie er genannt worden ist? Die königliche Staatsregierung hat, wie sie das auch in ihren Motiven hervorhebt, mit dem heil. Stuhle Verhandlungen angeknüpft, um zu einer Verständigung zu gelangen. Der letzte eingehendere Akt in diesen Verhandlungen von Seiten der Regierung ist die Note vom 5. v. M. Von Seiten des heil. Stuhles ist hierauf eine Antwort erfolgt. Diese Antwort ist nicht bekannt geworden und wir sind deshalb über den Inhalt nicht unterrichtet. Was die öffentlichen Blätter, auch die offiziellen Stimmen, darüber andeuten, läßt mich glauben — wenn ich mich irren sollte, kann ja der Herr Minister oder Einer seiner Räte für ihn mich berichtigen —, daß die Note keine Antwort ist auf den Inhalt der preussischen Note vom 5. Mai, sondern daß sie sich im Wesentlichen darauf beschränkt, zu sagen: wir sind hier in Rom nicht im Stande, über die in der Note vom 5. Mai enthaltenen Punkte uns zu äußern, so lange die preussische Regierung noch nicht die Güte gehabt hat, sich erst über diejenigen Punkte zu äußern, welche in der Note des Cardinal-Staatssekretärs Jacobini als Voraussetzung möglicher Concessionen, die auf dem Gebiete der Angehörigkeit in Aussicht genommen worden, aufgestellt sind. Diese beiden Voraussetzungen sind wesentlich die, daß gleichzeitig mit diesen Zugeständnissen auf dem Gebiete der Angehörigkeit die Frage der Vorbildung der Geistlichen und die Jurisdiction über dieselben geregelt werde. Es ist also, wie gesagt, auf den eigentlichen Inhalt der Note vom 5. Mai noch keine Antwort erfolgt, sondern zunächst nur das Verlangen einer weiteren

Der geheimnißvolle Rathgeber.

Humoreske von Gustav Höcker.

(Fortsetzung.)

VI.

Unterwegs hatte Herr Mandel in der frischen Luft seine Fassung so weit wiedererlangt, daß er sich in dem langgestreckten Comptoir, wo ein Duzend junger Leute an Doppelpulten arbeitete, mit einer gewissen geschäftsmäßigen Ruhe nach dem Herrn Bankdirector Pohlens erkundigen konnte.

Der Herr Bankdirector wäre ausgegangen, hieß es, könne aber jeden Augenblick wieder zurückkommen.

„So will ich warten,“ sagte Herr Mandel, und ließ sich in das an's Comptoir stoßende Cabinet führen, wo der Chef distinguirte Besucher zu empfangen pflegte. Es dauerte nicht lange, so trat der Bankdirector ein. Er war ein bereits bejahrter Herr, mit dessen eleganter Kleidung der schäbige Cylanderhut, den er eben höflich vom Kopfe nahm, in anfallendem Widerspruch stand.

Seine Anhänglichkeit an alte Hute war eine Schwäche, die von der ganzen Stadt bekannt wurde. Er besaß deren mindestens ein Duzend, die abwechselnd an die Reihe kamen. Wenn ihm einer zu abgetragen und spedit erschien, so nahm er einen bessern und trug ihn, bis dieser seinen Vorgänger an Schabigkeit womöglich noch übertraf. Hatten auf diese Weise sämtliche Hüte die Reihe durchgemacht, so griff der Bankdirector wieder auf den ersten zurück, der ihm jetzt fast wieder wie neu erschien. In diesem Kreislaufe verjüngte sich in seinen Augen ein Hüt nach dem andern, ohne daß er merkte wie sie immer tiefer und tiefer sanken, sowohl in ihrem Werthe wie über seine Ohren herab. Allerdings war ihr Dienst nicht anstrengend, denn sie hatten nichts zu bedenken, wenigstens keine Haare, — man hätte denn eine dünnköpfige die sich im Halskreise von einer Schläfe zur andern um den Hinterkopf herumfahl, mit diesem Namen bezeichnen wollen.

„Was verschafft mir die Ehre, Herr Mandel?“ frug der Bankdirector, dem der reiche Rentier sehr wohl bekannt war.

„Es ist leider keine angenehme Veranlassung,“ antwortete der Besuch und brachte nun seine Anklage gegen Buddede vor. Der junge Mann habe ihn gestern um die Hand seiner Nichte angegangen, sei abschlägig beschieden worden, darauf sei es zu unangenehmen Erörterungen gekommen und der junge Mann habe im Zorne das Haus verlassen. Heute nun habe Herr Mandel durch die Stabtpost eine anonyme Zusendung erhalten, über deren Abfender nach dem gestrigen Vorgange nicht der mindeste Zweifel herrschen könne. Damit zog er das Corpus delicti aus der Tasche und überreichte es

obwohl mit einiger Selbstüberwindung, dem Bankdirector. Während Herr Mandel mit seinem Beifänger ein paar mal sanft seine Nase streichelte, wie man etwa ein Kind zu beruhigen sucht, das eine unverdiente Kränkung erlitten hat, las der Bankdirector das Inserat. Der Rentier beobachtete ihn dabei mit einem gewissen Mißtrauen, ob sich etwa in seiner Miene ein leiser Anflug von Heiterkeit verrathen möchte, denn es gibt menschliche Vossheiten, die ein anständiger Mann zwar mißbilligen muß, im ersten Augenblicke aber doch amüsanter finden kann.

Zu Herrn Mandel's großer Genugthuung nahm jedoch der Bankdirector die Sache furchtbar ernst. Er las nicht nur mit großer Aufmerksamkeit das Inserat, sondern betrachtete auch den Briefbogen, worauf es gesetzt war, vorn und hinten, hielt ihn wiederholt gegen das Licht, um das Wasserzeichen zu prüfen, und unterzog schließlich sogar das Couvert und die Schriftzüge der Adresse einer peinlichen Untersuchung.

„Ich bin Ihnen für diese Mittheilung sehr verbunden,“ brach er endlich das Schweigen, mit einem bebenden Tone der Stimme, daß Herr Mandel über diese warme Antheilnahme fast überrascht war. „Sehen Sie hier,“ fügte er hinzu und nahm ein Couvert aus seinem Pulte, „ich bin vor Kurzem mit einer ähnlichen Zusendung besetzt worden, deren ganze Appretur, wenn ich mich so ausdrücken darf, auf den gleichen Urheber hinweist. Natürlich ist die Handschrift“ (er hielt Herrn Mandel die Adresse hin), „versteht, aber es sind dieselben Buge; beide Couverts stimmen in Farbe und Qualität des Papiers, wie auch im Format genau miteinander überein. Und nun weiter, zur eigentlichen Hauptsache,“ fuhr er fort, indem er die Einlage herausnahm, sie entfaltete und Herrn Mandel darreichte: „Sie sehen, es ist dasselbe Papier mit demselben Wasserzeichen, und hier wie bei Ihnen ist um das Inserat ein Rand mit Blaustift und um diesen wieder einer mit Rothstift gezogen.“

Es war in der That so; beide Blätter glitten einander wie ein Ei dem andern, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß das an den Bankdirector gerichtete Inserat die Ueberschrift trug: „Hülfe für Kahlschöpfe“ und „ein bewährtes Mittel zur Beförderung des Haarwuchses“ anpries.

Beide standen jetzt in tiefem Ernste da, Jeder hatte den finstern vergleichenden Blick auf das frevlerische Blatt in seiner Hand gerichtet, und dabei waren, wie zum gegenseitigen Troste, die Rollen vertauscht, indem sich der Rentier der „Kahlschöpfe“, der Bankdirector der „Rothen Nasen“ angenommen hatte. „Es war ein feierlicher Anblick!“

„Es ist gut, daß Sie gekommen sind, Herr Mandel,“ begann endlich der Director wieder. „Sie haben mich dadurch auf eine überraschende Spur geführt. Ich merke jetzt zu meinem großen Bedauern, daß ich eine Schlinge an meinem

Busen genähert habe. Ich habe das um den jungen Mann nicht verdient, nein, wahrhaftig nicht! Es mag nur kindischer Muthwille gewesen sein, der ihn verführte, seinen Chef zu verhöhnen, bei Ihnen aber ließ er sich durch niedere Nachsicht leiten und das wurde sein Verderben, dadurch hat er sich verrathen. So werden alle finsternen Thaten einmal an sich selbst zu Verräthern, mag das Dunkel auch noch so un durchdringlich sein, in welchem sie gesponnen wurden!“

„Sehr wahr und sehr schön gesagt!“ bemerkte der Rentier beinahe gerührt.

„Ich werde dafür sorgen, Herr Mandel, daß der Schuldige sowohl seine Nachsicht, wie seinen Muthwillen bereuen soll,“ versetzte der Bankdirector, und nachdem die beiden Lebensgenossen unter tiefen Verbengungen ihre Inserate wieder ausgewechselt und zu sich gefickt hatten, empfahl sich Herr Mandel.

Bald darauf wurde Buddede in das Cabinet beschieden.

Er hatte sich den Kopf zerbrochen, was Gilla's Onkel gerade nach dem gestrigen Vorgange mit dem Chef zu verhandeln habe. Wollte er sich etwa über ihn beschweren? Dazu lag kein Anlaß vor, denn Buddede hatte sich nichts zu Schulden kommen lassen, es müßte denn in seiner Verwahrung, nicht Herrn Mandel's „Freundchen“ zu sein, eine tödtliche Verleumdung gelegen haben. Das wäre aber doch gar zu dumm gewesen; am nächsten lag die Vermuthung, Onkel Mandel habe sich die Sache über Nacht anders überlegt, vielleicht auch den Witten Gilla's nachgegeben, und sei nun selbst gekommen, um den Bankdirector zu sondiren, ob es mit Buddede's Ernennung zum Filialvorstand seine Richtigkeit habe. Am Ende wollte ihm Herr Pohlens jetzt gar schon zur Verlobung mit Fräulein Gilla gratuliren, wenn auch nur ganz verblümt.

Buddede's furchtbare Enttäuschung zu schildern, als er vom Chef, statt mit einem verblühten Glückwunsch, mit einem unerbittlichen Donnerwetter empfangen wurde — seinen Schreden zu beschreiben, als er gar hörte, welches Doppelverbrechen er an Herrn Mandel's Nase und an des Bankdirectors ehrwürdigem Haupte verübt haben sollte, — dazu fähig sich unsere Feder zu schwach! Er wurde furchtbar angefaßt und durfte es nur der Gutmüthigkeit seines Chefs zuschreiben, daß er nicht auf der Stelle seine Entlassung erhielt. Von der Beförderung eines so läppischen Menschen zum Filialdirector konnte selbstverständlich keine Rede mehr sein.

Bergebens betheuerte Buddede seine Unschuld. Der Verdacht sprach zu sehr gegen ihn, und der Bankdirector ließ sich in der einmal gewonnenen Ueberzeugung, sich über den Charakter seines Günstlings schwer getäuscht zu haben, durch nichts erschüttern, weil schon die Geschichte lehrte, daß Günstlinge immer mit dem schwärzesten Unbath gelohnt haben. (Fortf. folgt.)

Erklärung über die Anschauungen der Regierung in den Punkten, die ich hervorgehoben habe, ausgesprochen. Darauf scheint bisher irgend welche Antwort nicht erfolgt zu sein. Statt dessen erfolgte die Vorlage, welche wir hier vor uns haben. Dies Verfahren muß ich meinstheils mißbilligen. Es war, wenn man überhaupt glaubte, unter Umständen auf einen einseitigen Weg zurückkehren zu müssen, jedenfalls der Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen. Man mußte unbedingt erst diese weitere Aufklärung erteilen, und wenn dann ein der Regierung genügender Vorschlag seitens der Curie nicht erfolgte, konnte möglicher Weise der Moment dieser Erwägung einseitigen Vorgehens eintreten. Zur Zeit lag jedenfalls zu dem Schritte, der hier geschieden ist, ein genügender Anlaß nach meinem Dafürhalten nicht vor. Ob die Regierung bei der jetzigen Vorlage die Absicht gehabt hat, die Verhandlungen abbrechen und definitiv auf dem Wege einseitiger Gesetzgebung das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu ordnen, erhellt aus den Motiven der Vorlage mit Sicherheit nicht. Ob ferner die Regierung glaubte, diese Vorlage und deren gesetzlichen Feststellung nunmehr definitiv das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Preußen geordnet zu haben, oder ob diese Bestimmungen nur der Anfang sein sollen für fernere Revisionen, ob sie glaubt, mit dieser Vorlage den Beschluß des Abgeordnetenhauses eine organische Revision der Maigesetze herbeizuführen, erfüllt zu haben, über das Alles ergibt die Vorlage und deren Begründung gar nichts; und die offiziellen Stimmen, sonst so geschwätzig (Heiterkeit), haben bisher ein absolutes Schweigen bewahrt.

Wenn es dem Herrn Minister oder seinen Räten gefallen sollte, über diesen Punkt näher Aufschluß zu geben, so würde ich das sehr dankbar anerkennen. Sind indessen, was ich ja für möglich halte, bestimmte Gründe vorhanden, das zur Zeit hier oder in der Öffentlichkeit noch nicht zu thun, dann kündigt ich den Herren aber an, daß ich mir in Beziehung auf diese Punkte noch recht bestimmte Fragen in der Commission gefaßt werden. Meine Meinung ist aber die, daß wir unter allen Umständen ohne die Mitwirkung des h. Stuhles zu irgend welchem Resultate nicht kommen können. (Sehr wahr! im Centrum.) Ueber die Befugnisse der kirchlichen Gewalt haben die einzelnen Katholiken, die allerdings nach Millionen zählen, haben irgend, als Vertreter derselben, keine Disposition. Nach unserer Kirchenverfassung, die uns heilig, unumstößlich und unveränderlich ist, steht die Disposition über diese Fragen nur der geordneten Kirchengewalt zu; und wir können hier nichts thun, als die gesetzlich geschaffenen Hindernisse zu beseitigen, welche einem freien Verkehr, einer freien Ordnung der Dinge zwischen dem römischen Stuhl und der Staatsregierung im Wege stehen. Die Ordnung selbst können wir selbstverständlich absolut nicht machen und jeder Versuch in dieser Beziehung wird ein vergeblicher sein. (Sehr wahr! im Centrum.) Daneben mache ich darauf aufmerksam, daß das Herausreißen einer einzelnen Materie aus dem ganzen Rahmen der so tief und innerlich verflochtenen Bestimmungen der Maigesetze kaum denkbar und kaum möglich ist, und wer in dem Labyrinth der Maigesetze nicht ausfindig wird, der wird sehr schwer im Stande sein, dieses Gesetz auch nur zu verstehen, und ich bin darum der Meinung, daß ein solches Stückweises Herausgreifen niemals zum Guten führen kann, sondern nur immer von Neuem Schwierigkeiten schafft. (Sehr richtig!) Diese Vorlage ist nicht das Produkt eines nach großem Stil arbeitenden Staatsmannes, es ist nichts Anderes, als das Produkt geheimräthlicher maßgeblicher Kistelei. (Sehr gut! im Centrum.) Es ist ja kein Geheimniß, daß, als der Culturkampf begann, in wenigen Tagen aus einer mächtigen Feder dem Cultusministerium die Direction für den Culturkampf gegeben worden ist. Ich erwarte den Moment, wo dieses historische Actenstück veröffentlicht wird, es kann ja einst in das Archiv und so in die Hand des Herrn v. Sybel gelangen, dann werden wir es wohl zu lesen bekommen. (Heiterkeit.) Dieser eine Gedanke hat genügt, um das System der Maigesetze daraus hervorgehen zu lassen. Die Feder, die diesen Grundgedanken geschrieben, hat an das Einzelne der Maigesetze gar nicht gedacht, davon habe ich die volle Ueberzeugung, das würde einem solchen Geiste durchaus schlecht anstehen, solche Gesetze bis ins Einzelne zu machen, das Einzelne ist von dem juristischen Cultusminister, von seinen Räten und Helfershelfern, den Professoren, gemacht und abgefaßt, die in hellen Häuten in das alte Cultusministerium hineinschlüpfen, (Heiterkeit) um dem Minister mit ihrem Material zu Hilfe zu kommen. So lange es nicht gelingen wird, den Staatsmann, der diese Feder führte, zu bestimmen, durch ein anderes großes Wort die kirchenpolitische Verhältnisse in andere Bahnen umzu lenken, und entweder die Sache selbst in die Hand zu nehmen, oder doch zu verlangen, daß Männer, die sich nicht so tief in das Labyrinth und die Fallstricke der Maigesetze eingespinnen haben, die Sache machen, — so lange werden wir den Frieden nicht bekommen, mit Kistelei kann man solche welthistorischen Kämpfe nicht zu Ende bringen! (Sehr gut!) Also mein Standpunkt ist der, daß ich an sich den Gedanken festhalten muß: nur in Verhandlungen mit der obersten Kirchengewalt ist die Sache in Ordnung zu bringen und man hätte den Weg, den man zu diesem Ende beschritt, nicht verlassen sollen, jedenfalls zur Zeit nicht, denn ich muß dem deutsch-gemüthlichen Herrn v. Bethlig erwidern, daß mit nichts die Schuld des Scheiterns an einer anderen Stelle liegt, als hier in Preußen selbst, und vor allen Dingen an den Einwirkungen, die er und seine Partei an gewissen Stellen hat. (Sehr gut! im Centrum.) Wenn der verehrte Herr gemeint hat, daß die Staatsregierung das kirchlich-religiöse Interesse ihrer katholischen Unterthanen im Auge hat, so will ich das in diesem Augenblicke auch nicht bezweifeln, denn ich nehme an, daß die Staatsregierung mit dieser Vorlage einen theilweisen Frieden zu machen bemüht gewesen ist. Ob sie ihn wirklich damit machen kann, das ist eine andere Frage. Wenn aber der verehrte Herr glaubt, daß das immer so gewesen ist, dann leugne ich es, denn man hat die kirchlich-religiösen Interessen der katholischen Unterthanen dem Bestreben nach Nachterweiterung des Staats untergeordnet und die Maigesetzgebung hatte die Absicht, die katholische Kirche und ebenso die übrigen

Kirchen in eine Lage zu bringen, wie wir sie in Rußland haben, (Sehr wahr! im Centrum) sie zu einer Abtheilung des Polizeiministeriums zu machen. Das ist gescheitert, es ist gescheitert an dem Widerstande der katholischen Kirche und des katholischen Volkes, und ich glaube, daß die protestantische Kirche den Katholiken zu Dank verpflichtet ist, ein solches Unternehmen gebrochen zu haben. (Sehr wahr!) Also im Beginn des Culturkampfes und seinem weiteren Verlauf bestand die friedliche Absicht nicht. Damals hatte man alle Machtmittel mißbraucht, um den Plan der Knechtung der Kirche und unser Gewissen durchzusetzen, und ich will gern annehmen, daß das jetzt allmählich anders geworden ist. Wenn der geehrte Herr dann aber meint, daß man in Rom die kirchlich-religiösen Interessen der Katholiken nicht vor Augen habe, dann irrt er gewaltig. Man weiß aus dem Gange der Geschichte und aus den uns mitgetheilten Verhandlungen, daß der hl. Stuhl mit großer Betrübnis hinzieht auf die kirchenpolitischen Verhältnisse, wie sie sich hier gestaltet haben, daß er es im höchsten Grade beklagt, daß sie so sind, und daß er auf alle Weise bemüht ist, die Dinge auf einen anderen Weg zu bringen; aber die Geschichte sollte ihnen sagen, daß es ein unumstößlicher unabänderlicher Grundsatz ist, daß man die großen Prinzipien, auf welchen die Kirche steht, und ohne welche sie untergehen müßte, niemals aufgeben kann, wenn auch augenblicklich darunter irgend ein Theil der Stäubigen leidet. Darin besteht das Geheimniß des Fortbestandes, des glücklichen Fortbestandes der Kirche, daß sie ihren Prinzipien treu geblieben ist zu jeder Zeit und selbst unter größter Bedrängnis, daß sie dieselben niemals verleugnet hat. Dabei hat sie allerdings nicht umhin gekonnt, trauernd zusehen zu müssen, daß im Momente des Kampfes einige Glieder leiden. Es ist ungefähr die Annahme des verehrten Herrn, Rom könne ohne Weiteres nachgeben, so, als wenn man von einem Feldherrn sagen wollte, du kannst die Schlacht nicht wagen und nicht schlagen, denn es könnten so und so viele Soldaten darin erschossen werden. Nein, wir haben schwer zu leiden und wir bluten aus tausend Wunden, und jede Stunde stirbt ein Katholik, der vergebens gerufen hat nach dem Beistande des Geistes, der ihm verweigert ist. Aber wir haben nie gewünscht und werden den hl. Stuhl nie bitten, dieserhalb irgend etwas zu thun, was die Prinzipien der Kirche irgend wie beeinträchtigt; denn uns ist die Dauer und der Fortbestand der Kirche wichtiger, als das augenblickliche Leid abzuwenden, welches wir empfinden. (Bravo.) Die oben bezeichnete Beschuldigung ist eine absolut falsche und es scheint mir, daß der Herr v. Bethlig die große weltgeschichtliche Bedeutung dieses Kampfes und die große weltgeschichtliche Bedeutung der Kirche noch immer nicht erfasst hat; und wenn dieser geistig begabte Mann so bloße Fiktionen in diesen Dingen, so kann ich das nur daraus erklären, daß ihm die freie Luft gefehlt hat und daß er in die dumpfe, drückende Atmosphäre einer Geheimrathsstube eingesperrt ist. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Ich knüpfte also an meine obige Bemerkung wieder an, wie ich anerkenne, daß jetzt im gegenwärtigen Augenblicke die königliche Staatsregierung einen Schritt zum Frieden hat thun wollen, und wenn die Vorlage deshalb auch von uns begrüßt worden ist, und wenn ich sie in diesem Augenblicke begrüße, so liegt das darin, daß wir jeden Beweis verführerischen Sinnes von Seiten der Regierung willkommen heißen. Wir sind in diesem so lang andauernden Kampfe aufs äußerste provocirt worden, wir haben sehen müssen, daß unsere Bischöfe eingekerkert, unsere Priester in Gefängnisse geworfen, ja von den Ältesten weg durch die Polizei weggeführt worden sind, und überall hat das katholische Volk die Gesetze innegehalten; wir sind auf das äußerste angegriffen mit Schmähungen und was man an Unbilden nur erdenken kann, und wir haben mitten in diesen Stürmen bewiesen, daß, wo es darauf ankam, wir dieselbe Staatsgewalt, die uns mit Scorpionen peitschte, aufrecht erhalten und gestärkt haben gegenüber den zerstörenden Elementen, die aller Orten aufzutreten im Begriff sind. Hier und im Reichstag haben wir gerade in diesem Jahre wieder bewiesen, wie wir fest und unerschütterlich an den wahren conservativen Grundsätzen festhalten, (Sehr richtig!) obwohl wir geschmäht wurden im Hause, obwohl die Presse täglich uns heruntergerissen hat in Bild und Wort, in Poesie und Prosa — und dennoch haben wir Stand gehalten und werden das auch ferner thun. Sehen Sie in die Geschichte und zeigen Sie mir ein Land und einen Volkstamm, in welchem es gelungen ist, einen so behandelten und mißhandelten ererblichen Bruchtheil des Volkes in diesen conservativen gesetzlichen Bahnen zu erhalten, und belohnen Sie diese Haltung mit einer Befreiung von den Fesseln, die Sie ohne Noth diesem Theile des Volkes auferlegt haben. Wenn Sie das nicht wollen — nun, alle Geduld reißt endlich doch ein Mal, und ich sage Ihnen im Voraus, wenn Sie nicht bald gründliche Arbeit machen und nicht bald gründlich die kirchengesetzlichen Bestimmungen richtig ordnen, dann werden Sie sehen, wohin dann die Wendung im Volke gehen wird. (Sehr gut! im Centrum. Heiterkeit links.) Einer meiner Gegner in diesem Culturkampfe, der Herr v. Bennigsen, hat in diesem Augenblicke sein Mandat niedergelegt. (Hört! Hört!) Er hat das gethan, davon bin ich überzeugt, weil er seine Freunde nicht mehr hat auf dem Wege halten können, auf dem er vorzugehen entschlossen war. Die v. Eynern haben über v. Bennigsen gesiegt. (Große Heiterkeit) Glauben Sie nicht, daß naturgemäß bei Fortgang solcher Dinge auch über die jetzigen Mitglieder der Centrumsfraction hinweggegangen werden könnte? Ich weiß wohl, daß man solche Erwägungen nicht macht; man denkt: wir wollen das Volk schon in Ordnung halten, wir haben ja die Bajonette, wir werden schon unsere Autorität aufrecht erhalten. (Hört! rechts. Sehr richtig! im Centrum.) Das haben wir in tausend Tönen zu hören bekommen. (Zuruf rechts: von wem denn?) — Das ist nicht nötig hier zu wiederholen. (Lachen rechts.) Die Geschichte weiß es und jeder, der den Verhältnissen gefolgt ist, wird es auch wissen. Aber ich bin der Meinung, daß ein Volk niemals dauernd durch die Bajonette regiert werden kann. Es muß in der Liebe und Anhänglichkeit des Volkes die Stütze gefunden werden, welche Thron und Regierung nötig haben, um den Stürmen zu widerstehen,

die schon jetzt da sind und noch heftiger über uns ergehen werden. (Sehr richtig! im Centrum.) Deshalb muß ich immer von Neuem mahnen, die Dinge ernst zu nehmen und in einem großen energischen Schritt die Kirche frei zu machen von den Fesseln, in denen sie liegt, und in denen sie bleiben wird auch dann, wenn dieses Gesetz zu Stande kommt. Ich brauche gar nicht nachzuweisen, daß das der Fall sein wird. Ich bin meinem sehr geehrten Herrn Vorredner zu großem Dank verpflichtet, daß er berebere, als ich es vermag, nachgewiesen hat, daß das ganze System der bestehenden Maigesetzgebung durch diese Bestimmungen nicht durchbrochen werde. Das hat er gesagt, ich habe ein „Hört!“ dazu gerufen: denn das war der werthvollste Theil seiner ganzen Rede. (Heiterkeit.) Nein, es wird von der ganzen Maigesetzgebung gar nichts Erhebliches beseitigt, und wenn wir die Vorlage ohne Weiteres und ohne Aenderung annehmen wollten, so hätten wir damit auf die Maigesetzgebung ein zweites Siegel gesetzt. (Fortf. folgt.)

Deutschland.

CPC. Berlin, 12. Juni. Der Reichstag hielt heute die letzte Sitzung in dieser Session, die schon endlos werden zu sollen schien, ab. Der gestern noch eingelaufene Gesetzentwurf, btr. Consulargerichtsbarkeit in Tunis, wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt, die Wahl des Abg. T. täglich beanstandet, der Nachtragsrat betr. das Reichstagsgebäude angenommen und darauf in die dritte Lesung des Etats für 84/85 eingetreten. Die Generaldiscussion gab noch zu allerhand Erörterungen und Beschwerden über die Nichtberatung des socialdemokratischen Antrages wegen der Kieler Affaire, über das Resultat, welches die Unfallversicherungscommission erzielt hat, über die zweijährigen Etats, über die Abkündigung des Herrn v. Bennigsen u. s. w. Anlaß. Während der Abkündigung Bennigsen's aus der ganzen traurigen Gemüthsstimmung erklärten wollte und alle Liberalen zur entschiedenen Opposition aufrief, gab Herr v. Benda die feierliche Versicherung, die Nat.-Liberalen würden fortfahren, im Geiste Bennigsen's zu arbeiten. Abg. Richter wollte den Rücktritt Bennigsen's nicht so tragisch nehmen und gab ihm selbst Schuld an seinem Schicksal, würde er nicht rechtzeitig eingesehen haben, daß die Zeit des Compromittirens mit der Regierung vorüber sei und die Liberalen auf eine entschiedene Opposition angewiesen seien. Hatte Herr v. Benda erklärt, daß die von Richter für den Rücktritt Bennigsen's angegebenen Gründe nicht maßgebend gewesen seien, so nahm Abg. Dr. Windthorst, der den Hauptgrund immer noch in der kirchenpolitischen Situation sah, sogar zur Ehre Bennigsen's an, daß die von Richter vorgeführten Gründe ihn nicht zu seinem Auscheiden veranlaßt hätten; denn wären wirklich die Verhältnisse so schwer und beklügend, dann hätte Herr v. Bennigsen nicht niedergelegt; ein Patriot verlasse sein Vaterland nicht in der Stunde der Gefahr. In der Specialdiscussion gab es dann noch eine längere Auseinandersetzung zwischen Fortschrittler und Socialdemokraten über gegenwärtige Belästigungen bei Wahlversammlungen. Der ganze Etat wurde nach den Beschläffen zweiter Lesung genehmigt und stellte sich in Einnahme und Ausgabe auf 590, 819, 344 M. Das Anleihegesetz, welches ebenfalls angenommen wurde, forderte 1,819,270 Mark. Der erste Theil der Resolution Vingen's, wonach an Sonn- und Feiertagen Waarenproben, Drucksachen, Pakete, Geld- und Werthscheinungen vom Postdienste ausgeschlossen sein sollen, fand im Wege des „Hammelsprunges“ mit 127 gegen 82 Stimmen Annahme, dagegen wurde der zweite Theil, wonach Telegramme an Sonn- und Feiertagen mit einem Aufschlage von 20 Pfennigen belegt werden sollten, mit 111 gegen 101 Stimmen verworfen. — Der Präsident schlug nunmehr, da die Tagesordnung erschöpft war, vor, nach einer Viertelstunde eine neue Sitzung zur Erledigung des Gesetzentwurfs wegen der Consulargerichtsbarkeit in Tunis abzuhalten; auf Antrag des Abg. Dr. Windthorst wurde jedoch sogleich in die dritte Lesung eingetreten und der Gesetzentwurf genehmigt. Der Präsident gab dann die übliche Uebersicht über die Arbeiten des Reichstags in der abgelaufenen Session, worauf nach Erledigung der weiteren üblichen Formalitäten Minister v. Bötticher eine allerhöchste Vollmacht verlas, welche ihn zur Schließung der Reichstagsession ermächtigte und alsdann die zweite Sitzung der 5 Legislaturperiode des Reichstags für geschlossen erklärte. Mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ging das Haus auseinander.

Berlin, 13. Juni. Neben den kirchenpolitischen Verhandlungen bildet der Rücktritt des liberalen Führers von Bennigsen das wichtigste Ereignis des Tages. Mittheilung ist das Benehmen der „liberalen“ Wähler. Die „Köln. Z.“ hebt den „Staatsmann“ von Bennigsen bis in den Himmel und meint sogar mit der „Nat.-lib. Corr.“, daß „unsere parlamentarischen Zustände, ja, unsere nationale Entwicklung“ (!?) mit dem Rücktritt des „begabtesten und angesehensten aller deutschen Parlamentarier“ auf einer Stufe trübster Ausfichten angelangt sei. Die „Nat.-Ztg.“ hofft, den verstorbenen Parteiführer einmal wieder „an leuchtender Stelle“ erblicken zu können; ähnlich orakelt das jüdische „Berl. Tagebl.“, wogegen die „Germ.“ mit berechtigtem Spott bemerkt, daß sie glaube, „ihn eher als Höfling, denn als Volksmann wiederzusehen, wenn wir ihn überhaupt wiedersehen.“ In einer Besprechung der Gründe, die den Rücktritt Bennigsen's veranlaßt haben, paßt dem jüdisch-liberalen „Berl. Tagebl.“ ein Geständnis, das nicht unergessen bleiben soll: es heißt nämlich, von Bennigsen sei gegangen, weil v. Eynern, Tund und Genossen „in einem Falle unbenutzbar und fest waren, wo es sich darum handelte, die berechtigten Interessen der liberalen Katholiken über die Befreiung des Meßfelsens und Sakramentepekens verkommen zu lassen.“!! Die „Kreuz.“ schreibt in einem Artikel über „Bennigsen und seinen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben“ u. A.:

„Der stolze Nationalliberalismus, welcher noch vor sechs Jahren über einen großen Theil der Stimmen in den Parlamenten gebot und lange genug nur zu sehr der Gesetzgebung den Stempel seiner — Leichtgläubigkeit aufgedrückt hat, verkörperte sich nach außen in den beiden Namen Ben-

nigsen und Bennigsen, die ich hervorgehoben habe, ausgesprochen. Darauf scheint bisher irgend welche Antwort nicht erfolgt zu sein. Statt dessen erfolgte die Vorlage, welche wir hier vor uns haben. Dies Verfahren muß ich meinstheils mißbilligen. Es war, wenn man überhaupt glaubte, unter Umständen auf einen einseitigen Weg zurückkehren zu müssen, jedenfalls der Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen. Man mußte unbedingt erst diese weitere Aufklärung erteilen, und wenn dann ein der Regierung genügender Vorschlag seitens der Curie nicht erfolgte, konnte möglicher Weise der Moment dieser Erwägung einseitigen Vorgehens eintreten. Zur Zeit lag jedenfalls zu dem Schritte, der hier geschieden ist, ein genügender Anlaß nach meinem Dafürhalten nicht vor. Ob die Regierung bei der jetzigen Vorlage die Absicht gehabt hat, die Verhandlungen abbrechen und definitiv auf dem Wege einseitiger Gesetzgebung das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu ordnen, erhellt aus den Motiven der Vorlage mit Sicherheit nicht. Ob ferner die Regierung glaubte, diese Vorlage und deren gesetzlichen Feststellung nunmehr definitiv das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Preußen geordnet zu haben, oder ob diese Bestimmungen nur der Anfang sein sollen für fernere Revisionen, ob sie glaubt, mit dieser Vorlage den Beschluß des Abgeordnetenhauses eine organische Revision der Maigesetze herbeizuführen, erfüllt zu haben, über das Alles ergibt die Vorlage und deren Begründung gar nichts; und die offiziellen Stimmen, sonst so geschwätzig (Heiterkeit), haben bisher ein absolutes Schweigen bewahrt.

Wenn es dem Herrn Minister oder seinen Räten gefallen sollte, über diesen Punkt näher Aufschluß zu geben, so würde ich das sehr dankbar anerkennen. Sind indessen, was ich ja für möglich halte, bestimmte Gründe vorhanden, das zur Zeit hier oder in der Öffentlichkeit noch nicht zu thun, dann kündigt ich den Herren aber an, daß ich mir in Beziehung auf diese Punkte noch recht bestimmte Fragen in der Commission gefaßt werden. Meine Meinung ist aber die, daß wir unter allen Umständen ohne die Mitwirkung des h. Stuhles zu irgend welchem Resultate nicht kommen können. (Sehr wahr! im Centrum.) Ueber die Befugnisse der kirchlichen Gewalt haben die einzelnen Katholiken, die allerdings nach Millionen zählen, haben irgend, als Vertreter derselben, keine Disposition. Nach unserer Kirchenverfassung, die uns heilig, unumstößlich und unveränderlich ist, steht die Disposition über diese Fragen nur der geordneten Kirchengewalt zu; und wir können hier nichts thun, als die gesetzlich geschaffenen Hindernisse zu beseitigen, welche einem freien Verkehr, einer freien Ordnung der Dinge zwischen dem römischen Stuhl und der Staatsregierung im Wege stehen. Die Ordnung selbst können wir selbstverständlich absolut nicht machen und jeder Versuch in dieser Beziehung wird ein vergeblicher sein. (Sehr wahr! im Centrum.) Daneben mache ich darauf aufmerksam, daß das Herausreißen einer einzelnen Materie aus dem ganzen Rahmen der so tief und innerlich verflochtenen Bestimmungen der Maigesetze kaum denkbar und kaum möglich ist, und wer in dem Labyrinth der Maigesetze nicht ausfindig wird, der wird sehr schwer im Stande sein, dieses Gesetz auch nur zu verstehen, und ich bin darum der Meinung, daß ein solches Stückweises Herausgreifen niemals zum Guten führen kann, sondern nur immer von Neuem Schwierigkeiten schafft. (Sehr richtig!) Diese Vorlage ist nicht das Produkt eines nach großem Stil arbeitenden Staatsmannes, es ist nichts Anderes, als das Produkt geheimräthlicher maßgeblicher Kistelei. (Sehr gut! im Centrum.) Es ist ja kein Geheimniß, daß, als der Culturkampf begann, in wenigen Tagen aus einer mächtigen Feder dem Cultusministerium die Direction für den Culturkampf gegeben worden ist. Ich erwarte den Moment, wo dieses historische Actenstück veröffentlicht wird, es kann ja einst in das Archiv und so in die Hand des Herrn v. Sybel gelangen, dann werden wir es wohl zu lesen bekommen. (Heiterkeit.) Dieser eine Gedanke hat genügt, um das System der Maigesetze daraus hervorgehen zu lassen. Die Feder, die diesen Grundgedanken geschrieben, hat an das Einzelne der Maigesetze gar nicht gedacht, davon habe ich die volle Ueberzeugung, das würde einem solchen Geiste durchaus schlecht anstehen, solche Gesetze bis ins Einzelne zu machen, das Einzelne ist von dem juristischen Cultusminister, von seinen Räten und Helfershelfern, den Professoren, gemacht und abgefaßt, die in hellen Häuten in das alte Cultusministerium hineinschlüpfen, (Heiterkeit) um dem Minister mit ihrem Material zu Hilfe zu kommen. So lange es nicht gelingen wird, den Staatsmann, der diese Feder führte, zu bestimmen, durch ein anderes großes Wort die kirchenpolitische Verhältnisse in andere Bahnen umzu lenken, und entweder die Sache selbst in die Hand zu nehmen, oder doch zu verlangen, daß Männer, die sich nicht so tief in das Labyrinth und die Fallstricke der Maigesetze eingespinnen haben, die Sache machen, — so lange werden wir den Frieden nicht bekommen, mit Kistelei kann man solche welthistorischen Kämpfe nicht zu Ende bringen! (Sehr gut!) Also mein Standpunkt ist der, daß ich an sich den Gedanken festhalten muß: nur in Verhandlungen mit der obersten Kirchengewalt ist die Sache in Ordnung zu bringen und man hätte den Weg, den man zu diesem Ende beschritt, nicht verlassen sollen, jedenfalls zur Zeit nicht, denn ich muß dem deutsch-gemüthlichen Herrn v. Bethlig erwidern, daß mit nichts die Schuld des Scheiterns an einer anderen Stelle liegt, als hier in Preußen selbst, und vor allen Dingen an den Einwirkungen, die er und seine Partei an gewissen Stellen hat. (Sehr gut! im Centrum.) Wenn der verehrte Herr gemeint hat, daß die Staatsregierung das kirchlich-religiöse Interesse ihrer katholischen Unterthanen im Auge hat, so will ich das in diesem Augenblicke auch nicht bezweifeln, denn ich nehme an, daß die Staatsregierung mit dieser Vorlage einen theilweisen Frieden zu machen bemüht gewesen ist. Ob sie ihn wirklich damit machen kann, das ist eine andere Frage. Wenn aber der verehrte Herr glaubt, daß das immer so gewesen ist, dann leugne ich es, denn man hat die kirchlich-religiösen Interessen der katholischen Unterthanen dem Bestreben nach Nachterweiterung des Staats untergeordnet und die Maigesetzgebung hatte die Absicht, die katholische Kirche und ebenso die übrigen

Der getreue bringt die still des Hofes. Aehnlich den Zusammen der Gräfin. Wenn man ben, — so ist nicht, das G Dem:emäß de wundern:

Die nation Abgeordneten Berathung über von allen Gesa zuerst aufgeta um die Jurid wurde nicht n Herr v. Benn Es wurde ein ihm der lebha rige politische drückt wird, wieder aufnehme

Das Ver wegnung? gehe schmerzhafte — nun komm allerdings au Herr v. Benn besten mit sei überaus wich nerhalb der n muthung, daß vorliegende, we getrieben. H unmöglich gen Meßrathl sein durchaus zuge Fühlung gefe Alles in A kämpfer und

Die „Har sen werde v den Abg. v. des Abschlusse Hand eines F tionalliber schieden. — „Kreuzg.“, o her die Mittl den Inhalt dene Informations

— Dem ung der P demzufolge ein feierte ge steu 16 St Montag (2. den, Summa liche Nachtge frühen Morg einfaß gerecht Stunden. D bekümmert stark bei einer Abw ren von 10, 1 vergütung erb Vorgesetzten u Heller Entsch ganzen Jahre nicht bedeuten lich während ein außerordere kann deshalb „Diese Zustä werden. Wenn überlastet, un wie die Post, dauernden Ar zusammenbreche der kaiserliche Darmsa tischen Vag zweiten Kam Nachdem die sogenannte Beziehungen brochen, und Bevölkerung im Jahre 187

uns ergeben
daß muß ich
nehmen und
freie zu
in denen sie
Stunde kommt.
der Fall sein
Vordere zu
ich es vermag,
stehenden Mai-
durchbrochen
t! dazu ge-
seiner ganzen
nein Maiege-
wenn wir die
ung annehmen
sehegebung ein
fort. folgt.)

g hielt heute
schon endlos
eingelassene
it in Tunis,
die Wahl des
agsetat betr.
in die dritte
Die General-
und Bescheide
den Antrages
t, welches die
die zweijährigen
nigten u. f. w.
Bennigsen's aus-
wollte und alle
ief, gab Herr
beraten würden
Abg. Richter
nehmen und
ürde er nicht
ompromittiren
nen auf eine
Herr v. Benda
Bennigsen's
sein, so nahm
immer noch
gar zur Ehre
Gründe ihn
; denn wären
; dann hätte
ot verlaßt sein
n der Special-
einanderbeziehung
über gegen-
n. Der ganze
ung genehmigt
auf 590, 819,
is angenommen
e Teil der
und Feiertagen
Berthelungen
im Wege des
n Annahme,
Telegramme an
20 Pfennigen
Stimmen ver-
da die Tages-
erlebstunde eine
rs wegen der
auf Antrag des
in die dritte
enemigt. Der
ber die Arbeiten
orauß nach Er-
n Minister v.
welche ihn zur
und alsdann die
Reichstags für
hoch auf Se.
der.

Die national-
Abgeordnetenhaus
Beratung über den
von allen Seiten
auf das Tiefste be-
zuerst aufgetauchte
Vorschlag, ihn durch
eine Deputation um
die Jurisdiktion seines
Beschlusses erluden
zu lassen, wurde nicht
weiter verfolgt, da man
sich sagen mußte, daß
Herr v. Bennigsen den-
selben jedenfalls reichlich
überlegt habe. Es wurde
einstimmig eine Adresse
an ihn beschloffen, worin
ihm der lebhafteste Dank
seiner Parteigenossen für
seine bisherige politische
Thätigkeit und die bestim-
mte Hoffnung ausgedrückt
wird, daß er dieselbe unter
günstigeren Verhältnissen
wieder aufnehmen werde.

Das „Berl. Tagbl.“ fügt
hinz, es habe „große Be-
wegung“ geherrscht und
namentlich Herr v. Benda
habe seine schmerzliche
Näherung kaum zu unter-
drücken vermocht. Aber
— nun kommt die Re-
fuge der Medaille — an-
dererseits sei allerdings
auch das Erwachen zum
Ausdruck gekommen, daß
Herr v. Bennigsen, ohne
die Fraktion auch nur im
Mindesten mit seinem
Verhalten bekannt zu
machen, einen so überaus
wichtigen, folgenreichen
Schritt gethan habe. In-
nerhalb der national-
liberalen Fraktionen hege
man die Vermuthung, daß
vielleicht noch irgend eine
unbekannte Thatsache vor-
liege, welche Herrn v.
Bennigsen zu solcher Ent-
scheidung getrieben. Hervor-
gehoben werde, daß der
ganze Vorgang unmöglich
gewesen wäre, wenn Herr
v. Bennigsen nicht der
Mehrzahl seiner eigenen
Fraktionsgenossen gegen-
über stets durchwegs zu-
genug gewesen wäre; es
habe jede nähere
Führung gefehlt.

Alles in Allem — das
Gericht über den Haupt-
kämpfer und seine Partei
beginnt sich zu vollziehen.
Die „Hamb. Nachr.“
melden, aus conservativen
Kreisen werde die Mitthei-
lung verbreitet, der Reichs-
kanzler habe den Abg. v.
Bennigsen, der bekanntlich
eine Vertagung des Ab-
schlusses der Etatsberathung
durchsetzen wollte, an der
Hand eines Registers über
die Haltung der National-
liberalen gegenüber der
Regierung, abweisen be-
schieden. — Es mag da-
hingestellt bleiben, ob
bemerkte die „Kreuzztg.“,
ob in der „Hamb. Nachr.“
die Quelle, aus welcher
die Mittheilung stammen
soll, richtig angegeben ist;
was den Inhalt der Mitthei-
lung anbetrifft, so dürfte
es, nach unsern Informa-
tionen, damit seine Rich-
tigkeit haben.

Dem „Reichsboten“ ist
als Beleg für die Ueber-
lassung der Postunter-
beamten ein Schreiben zu-
gegangen, demzufolge ein
Postbediensteter selbst
während der Pfingst-
feiertage hat arbeiten
müssen am Samstag vor
Pfingsten 15 Stunden,
Sonntag (1. Pfingsttag)
10 Stunden, Montag (2.
Pfingsttag) 12 Stunden,
Dienstag u. f. f. 13 Stun-
den, Summa 50 Stunden,
darunter 10 Stunden in
eigentliche Nachtzeit und
8 Stunden in die späten
Abend- und frühen Mor-
genstunden fallen, macht
pro Tag, alles nur ins-
gesamt gerechnet, die
Nachschichten nicht an-
derthalbfach, 12 1/2
Stunden. Daß außerdem
die so belasteten Leute
auch noch pekuniär stark
geschädigt werden, liegt
auf der Hand, da sie bei
einer Abwesenheit von
ihrer Wohnung während
langer Touren von 10,
12 u. sogar 24 Stunden
keinen Pfennig Extra-
vergütung erhalten. Nur
haben sie den einen Trost,
daß ihre Vorgesetzten und
Mitarbeiter, die Beamten,
ebenfalls nie einen Heller
Entschädigung erhalten.
Weider ist es während
des ganzen Jahres, wenn
auch nicht ganz so schlimm,
doch auch nicht be-
deutend besser und er-
träglich, besonders ist
natürlich während der
Weihnachts- und Neujahrs-
zeit der Dienst ein außer-
ordentlich anstrengender,
bei kärglichem Lohne. Man
kann deshalb dem „Reichs-
boten“ nur zustimmen, wenn
er sagt: „Diese Zustände
können und dürfen nicht
länger geduldet werden.
Wenn der Staat hier als
Arbeitgeber seine Arbeiter
so überlastet, und noch
dazu bei einem so ge-
winnsamen Geschäft wie
die Post, was sollen die
Privaten thun? Unter
solcher dauernden Arbeits-
last muß der Mensch
physisch und moralisch
zusammenbrechen. Wie
verträgt sich das mit
der Fürsorge der kaiser-
lichen Post für die Arbeiter?“

Darmstadt, 11. Juni.
In Betreff der kirchen-
politischen Lage wurde,
laut dem „Mainzer Jour-
nal“, in der zweiten
Kammer folgende Inter-
pellation eingebracht:
„Nachdem das Königreich
Preußen im Jahre 1873
durch die sogenannten
Maiegesetze die bis dahin
bestandene friedliche Be-
ziehungen zwischen Kirche
und Staat vollständig ab-
gebrochen, und die kirch-
lichen Angelegenheiten der
katholischen Bevölkerung
einstufig regeln zu müssen
geglaubt hatte, folgte
im Jahre 1875 die groß-
herzoglich hessische Re-
gierung, unter

nigsten und Laster. Es
ist ein seltsames Zusam-
mentreffen, daß in dem-
selben Augenblicke, wo
dieser jenseits des Ozeans
Ruhe und Befriedigung
sucht, auch sein politischer
Freund mit dem aristokrati-
schen Namen die Zeit für
getommen erachtet, um sich
in die Stille des Privatlebens
zurückzuziehen.“ Und
weiter:
Wie der Schnee unter
dem Jöhn, so werden auch
seine Freunde in den näch-
sten Wahlen zu sammenschmelzen
und die scharfen Gegen-
sätze nach rechts und links
werden im einzelnen ihre
Erbschaft antreten. Der
Rücktritt des Herrn v.
Bennigsen ist der offene
Bankrott des Nationalli-
beralismus und der Bankrott
des Nationalliberalismus
ist der Bankrott der Mit-
telparteien.
Und was die Zukunft
angeht, wird Herr v.
Bennigsen noch einmal
wieder in öffentlicher po-
litischer Thätigkeit sich
geltend machen? Ein
Parteiman wäre auch dann
nur an der Spitze einer
Partei denkbar, und wo
ist diese Partei? Und ein
Staatsmann? Handel und
Wandel mag aus dem
Zusammenbruche sich von
Neuem herausarbeiten,
für den Mann des öffent-
lichen Lebens ist es aber
genug an einem Bankrott.

Der geträumten Re-
gierungsfähigkeit des Li-
beralismus bringt die
stille Einkehr des Herrn
v. Bennigsen den Todes-
stoß.“
Ähnlich sieht der
„Reichsbote“ in Bennigsen's
Rücktritt den Zusammen-
bruch der national-
liberalen Partei, der „Par-
tei der Grundsätze und
des Kulturkampfes.“
Wenn unartige Kinder
ihren Vater zu Tode ge-
gärtelt haben, — so schreibt
die „Germ.“ — so hindert
das bekanntlich nicht,
das Grab zu beweihe und
zärtlich zu schmücken.
Demgemäß darf man sich
auch über folgende Nach-
richt nicht wundern:
Die national-
liberalen Fraktionen des
Reichstags und des Ab-
geordnetenhauses hielten
gestern Abend eine ge-
meinsame Beratung über
den Rücktritt des Herrn
v. Bennigsen, der von allen
Seiten auf das Tiefste be-
klagt wurde. Der zuerst
aufgetauchte Vorschlag,
ihn durch eine Deputa-
tion um die Jurisdiktion
seines Beschlusses erluden
zu lassen, wurde nicht
weiter verfolgt, da man
sich sagen mußte, daß
Herr v. Bennigsen den-
selben jedenfalls reichlich
überlegt habe. Es wurde
einstimmig eine Adresse
an ihn beschloffen, worin
ihm der lebhafteste Dank
seiner Parteigenossen für
seine bisherige politische
Thätigkeit und die bestim-
mte Hoffnung ausgedrückt
wird, daß er dieselbe unter
günstigeren Verhältnissen
wieder aufnehmen werde.

Das „Berl. Tagbl.“ fügt
hinz, es habe „große Be-
wegung“ geherrscht und
namentlich Herr v. Benda
habe seine schmerzliche
Näherung kaum zu unter-
drücken vermocht. Aber
— nun kommt die Re-
fuge der Medaille — an-
dererseits sei allerdings
auch das Erwachen zum
Ausdruck gekommen, daß
Herr v. Bennigsen, ohne
die Fraktion auch nur im
Mindesten mit seinem
Verhalten bekannt zu
machen, einen so überaus
wichtigen, folgenreichen
Schritt gethan habe. In-
nerhalb der national-
liberalen Fraktionen hege
man die Vermuthung, daß
vielleicht noch irgend eine
unbekannte Thatsache vor-
liege, welche Herrn v.
Bennigsen zu solcher Ent-
scheidung getrieben. Hervor-
gehoben werde, daß der
ganze Vorgang unmöglich
gewesen wäre, wenn Herr
v. Bennigsen nicht der
Mehrzahl seiner eigenen
Fraktionsgenossen gegen-
über stets durchwegs zu-
genug gewesen wäre; es
habe jede nähere
Führung gefehlt.

nigsten und Laster. Es
ist ein seltsames Zusam-
mentreffen, daß in dem-
selben Augenblicke, wo
dieser jenseits des Ozeans
Ruhe und Befriedigung
sucht, auch sein politischer
Freund mit dem aristokrati-
schen Namen die Zeit für
getommen erachtet, um sich
in die Stille des Privatlebens
zurückzuziehen.“ Und
weiter:
Wie der Schnee unter
dem Jöhn, so werden auch
seine Freunde in den näch-
sten Wahlen zu sammenschmelzen
und die scharfen Gegen-
sätze nach rechts und links
werden im einzelnen ihre
Erbschaft antreten. Der
Rücktritt des Herrn v.
Bennigsen ist der offene
Bankrott des Nationalli-
beralismus und der Bankrott
des Nationalliberalismus
ist der Bankrott der Mit-
telparteien.
Und was die Zukunft
angeht, wird Herr v.
Bennigsen noch einmal
wieder in öffentlicher po-
litischer Thätigkeit sich
geltend machen? Ein
Parteiman wäre auch dann
nur an der Spitze einer
Partei denkbar, und wo
ist diese Partei? Und ein
Staatsmann? Handel und
Wandel mag aus dem
Zusammenbruche sich von
Neuem herausarbeiten,
für den Mann des öffent-
lichen Lebens ist es aber
genug an einem Bankrott.

Der geträumten Re-
gierungsfähigkeit des Li-
beralismus bringt die
stille Einkehr des Herrn
v. Bennigsen den Todes-
stoß.“
Ähnlich sieht der
„Reichsbote“ in Bennigsen's
Rücktritt den Zusammen-
bruch der national-
liberalen Partei, der „Par-
tei der Grundsätze und
des Kulturkampfes.“
Wenn unartige Kinder
ihren Vater zu Tode ge-
gärtelt haben, — so schreibt
die „Germ.“ — so hindert
das bekanntlich nicht,
das Grab zu beweihe und
zärtlich zu schmücken.
Demgemäß darf man sich
auch über folgende Nach-
richt nicht wundern:
Die national-
liberalen Fraktionen des
Reichstags und des Ab-
geordnetenhauses hielten
gestern Abend eine ge-
meinsame Beratung über
den Rücktritt des Herrn
v. Bennigsen, der von allen
Seiten auf das Tiefste be-
klagt wurde. Der zuerst
aufgetauchte Vorschlag,
ihn durch eine Deputa-
tion um die Jurisdiktion
seines Beschlusses erluden
zu lassen, wurde nicht
weiter verfolgt, da man
sich sagen mußte, daß
Herr v. Bennigsen den-
selben jedenfalls reichlich
überlegt habe. Es wurde
einstimmig eine Adresse
an ihn beschloffen, worin
ihm der lebhafteste Dank
seiner Parteigenossen für
seine bisherige politische
Thätigkeit und die bestim-
mte Hoffnung ausgedrückt
wird, daß er dieselbe unter
günstigeren Verhältnissen
wieder aufnehmen werde.

Das „Berl. Tagbl.“ fügt
hinz, es habe „große Be-
wegung“ geherrscht und
namentlich Herr v. Benda
habe seine schmerzliche
Näherung kaum zu unter-
drücken vermocht. Aber
— nun kommt die Re-
fuge der Medaille — an-
dererseits sei allerdings
auch das Erwachen zum
Ausdruck gekommen, daß
Herr v. Bennigsen, ohne
die Fraktion auch nur im
Mindesten mit seinem
Verhalten bekannt zu
machen, einen so überaus
wichtigen, folgenreichen
Schritt gethan habe. In-
nerhalb der national-
liberalen Fraktionen hege
man die Vermuthung, daß
vielleicht noch irgend eine
unbekannte Thatsache vor-
liege, welche Herrn v.
Bennigsen zu solcher Ent-
scheidung getrieben. Hervor-
gehoben werde, daß der
ganze Vorgang unmöglich
gewesen wäre, wenn Herr
v. Bennigsen nicht der
Mehrzahl seiner eigenen
Fraktionsgenossen gegen-
über stets durchwegs zu-
genug gewesen wäre; es
habe jede nähere
Führung gefehlt.

Alles in Allem — das
Gericht über den Haupt-
kämpfer und seine Partei
beginnt sich zu vollziehen.
Die „Hamb. Nachr.“
melden, aus conservativen
Kreisen werde die Mitthei-
lung verbreitet, der Reichs-
kanzler habe den Abg. v.
Bennigsen, der bekanntlich
eine Vertagung des Ab-
schlusses der Etatsberathung
durchsetzen wollte, an der
Hand eines Registers über
die Haltung der National-
liberalen gegenüber der
Regierung, abweisen be-
schieden. — Es mag da-
hingestellt bleiben, ob
bemerkte die „Kreuzztg.“,
ob in der „Hamb. Nachr.“
die Quelle, aus welcher
die Mittheilung stammen
soll, richtig angegeben ist;
was den Inhalt der Mitthei-
lung anbetrifft, so dürfte
es, nach unsern Informa-
tionen, damit seine Rich-
tigkeit haben.

Dem „Reichsboten“ ist
als Beleg für die Ueber-
lassung der Postunter-
beamten ein Schreiben zu-
gegangen, demzufolge ein
Postbediensteter selbst
während der Pfingst-
feiertage hat arbeiten
müssen am Samstag vor
Pfingsten 15 Stunden,
Sonntag (1. Pfingsttag)
10 Stunden, Montag (2.
Pfingsttag) 12 Stunden,
Dienstag u. f. f. 13 Stun-
den, Summa 50 Stunden,
darunter 10 Stunden in
eigentliche Nachtzeit und
8 Stunden in die späten
Abend- und frühen Mor-
genstunden fallen, macht
pro Tag, alles nur ins-
gesamt gerechnet, die
Nachschichten nicht an-
derthalbfach, 12 1/2
Stunden. Daß außerdem
die so belasteten Leute
auch noch pekuniär stark
geschädigt werden, liegt
auf der Hand, da sie bei
einer Abwesenheit von
ihrer Wohnung während
langer Touren von 10,
12 u. sogar 24 Stunden
keinen Pfennig Extra-
vergütung erhalten. Nur
haben sie den einen Trost,
daß ihre Vorgesetzten und
Mitarbeiter, die Beamten,
ebenfalls nie einen Heller
Entschädigung erhalten.
Weider ist es während
des ganzen Jahres, wenn
auch nicht ganz so schlimm,
doch auch nicht be-
deutend besser und er-
träglich, besonders ist
natürlich während der
Weihnachts- und Neujahrs-
zeit der Dienst ein außer-
ordentlich anstrengender,
bei kärglichem Lohne. Man
kann deshalb dem „Reichs-
boten“ nur zustimmen, wenn
er sagt: „Diese Zustände
können und dürfen nicht
länger geduldet werden.
Wenn der Staat hier als
Arbeitgeber seine Arbeiter
so überlastet, und noch
dazu bei einem so ge-
winnsamen Geschäft wie
die Post, was sollen die
Privaten thun? Unter
solcher dauernden Arbeits-
last muß der Mensch
physisch und moralisch
zusammenbrechen. Wie
verträgt sich das mit
der Fürsorge der kaiser-
lichen Post für die Arbeiter?“

Darmstadt, 11. Juni.
In Betreff der kirchen-
politischen Lage wurde,
laut dem „Mainzer Jour-
nal“, in der zweiten
Kammer folgende Inter-
pellation eingebracht:
„Nachdem das Königreich
Preußen im Jahre 1873
durch die sogenannten
Maiegesetze die bis dahin
bestandene friedliche Be-
ziehungen zwischen Kirche
und Staat vollständig ab-
gebrochen, und die kirch-
lichen Angelegenheiten der
katholischen Bevölkerung
einstufig regeln zu müssen
geglaubt hatte, folgte
im Jahre 1875 die groß-
herzoglich hessische Re-
gierung, unter

nigsten und Laster. Es
ist ein seltsames Zusam-
mentreffen, daß in dem-
selben Augenblicke, wo
dieser jenseits des Ozeans
Ruhe und Befriedigung
sucht, auch sein politischer
Freund mit dem aristokrati-
schen Namen die Zeit für
getommen erachtet, um sich
in die Stille des Privatlebens
zurückzuziehen.“ Und
weiter:
Wie der Schnee unter
dem Jöhn, so werden auch
seine Freunde in den näch-
sten Wahlen zu sammenschmelzen
und die scharfen Gegen-
sätze nach rechts und links
werden im einzelnen ihre
Erbschaft antreten. Der
Rücktritt des Herrn v.
Bennigsen ist der offene
Bankrott des Nationalli-
beralismus und der Bankrott
des Nationalliberalismus
ist der Bankrott der Mit-
telparteien.
Und was die Zukunft
angeht, wird Herr v.
Bennigsen noch einmal
wieder in öffentlicher po-
litischer Thätigkeit sich
geltend machen? Ein
Parteiman wäre auch dann
nur an der Spitze einer
Partei denkbar, und wo
ist diese Partei? Und ein
Staatsmann? Handel und
Wandel mag aus dem
Zusammenbruche sich von
Neuem herausarbeiten,
für den Mann des öffent-
lichen Lebens ist es aber
genug an einem Bankrott.

Der geträumten Re-
gierungsfähigkeit des Li-
beralismus bringt die
stille Einkehr des Herrn
v. Bennigsen den Todes-
stoß.“
Ähnlich sieht der
„Reichsbote“ in Bennigsen's
Rücktritt den Zusammen-
bruch der national-
liberalen Partei, der „Par-
tei der Grundsätze und
des Kulturkampfes.“
Wenn unartige Kinder
ihren Vater zu Tode ge-
gärtelt haben, — so schreibt
die „Germ.“ — so hindert
das bekanntlich nicht,
das Grab zu beweihe und
zärtlich zu schmücken.
Demgemäß darf man sich
auch über folgende Nach-
richt nicht wundern:
Die national-
liberalen Fraktionen des
Reichstags und des Ab-
geordnetenhauses hielten
gestern Abend eine ge-
meinsame Beratung über
den Rücktritt des Herrn
v. Bennigsen, der von allen
Seiten auf das Tiefste be-
klagt wurde. Der zuerst
aufgetauchte Vorschlag,
ihn durch eine Deputa-
tion um die Jurisdiktion
seines Beschlusses erluden
zu lassen, wurde nicht
weiter verfolgt, da man
sich sagen mußte, daß
Herr v. Bennigsen den-
selben jedenfalls reichlich
überlegt habe. Es wurde
einstimmig eine Adresse
an ihn beschloffen, worin
ihm der lebhafteste Dank
seiner Parteigenossen für
seine bisherige politische
Thätigkeit und die bestim-
mte Hoffnung ausgedrückt
wird, daß er dieselbe unter
günstigeren Verhältnissen
wieder aufnehmen werde.

Das „Berl. Tagbl.“ fügt
hinz, es habe „große Be-
wegung“ geherrscht und
namentlich Herr v. Benda
habe seine schmerzliche
Näherung kaum zu unter-
drücken vermocht. Aber
— nun kommt die Re-
fuge der Medaille — an-
dererseits sei allerdings
auch das Erwachen zum
Ausdruck gekommen, daß
Herr v. Bennigsen, ohne
die Fraktion auch nur im
Mindesten mit seinem
Verhalten bekannt zu
machen, einen so überaus
wichtigen, folgenreichen
Schritt gethan habe. In-
nerhalb der national-
liberalen Fraktionen hege
man die Vermuthung, daß
vielleicht noch irgend eine
unbekannte Thatsache vor-
liege, welche Herrn v.
Bennigsen zu solcher Ent-
scheidung getrieben. Hervor-
gehoben werde, daß der
ganze Vorgang unmöglich
gewesen wäre, wenn Herr
v. Bennigsen nicht der
Mehrzahl seiner eigenen
Fraktionsgenossen gegen-
über stets durchwegs zu-
genug gewesen wäre; es
habe jede nähere
Führung gefehlt.

Alles in Allem — das
Gericht über den Haupt-
kämpfer und seine Partei
beginnt sich zu vollziehen.
Die „Hamb. Nachr.“
melden, aus conservativen
Kreisen werde die Mitthei-
lung verbreitet, der Reichs-
kanzler habe den Abg. v.
Bennigsen, der bekanntlich
eine Vertagung des Ab-
schlusses der Etatsberathung
durchsetzen wollte, an der
Hand eines Registers über
die Haltung der National-
liberalen gegenüber der
Regierung, abweisen be-
schieden. — Es mag da-
hingestellt bleiben, ob
bemerkte die „Kreuzztg.“,
ob in der „Hamb. Nachr.“
die Quelle, aus welcher
die Mittheilung stammen
soll, richtig angegeben ist;
was den Inhalt der Mitthei-
lung anbetrifft, so dürfte
es, nach unsern Informa-
tionen, damit seine Rich-
tigkeit haben.

Dem „Reichsboten“ ist
als Beleg für die Ueber-
lassung der Postunter-
beamten ein Schreiben zu-
gegangen, demzufolge ein
Postbediensteter selbst
während der Pfingst-
feiertage hat arbeiten
müssen am Samstag vor
Pfingsten 15 Stunden,
Sonntag (1. Pfingsttag)
10 Stunden, Montag (2.
Pfingsttag) 12 Stunden,
Dienstag u. f. f. 13 Stun-
den, Summa 50 Stunden,
darunter 10 Stunden in
eigentliche Nachtzeit und
8 Stunden in die späten
Abend- und frühen Mor-
genstunden fallen, macht
pro Tag, alles nur ins-
gesamt gerechnet, die
Nachschichten nicht an-
derthalbfach, 12 1/2
Stunden. Daß außerdem
die so belasteten Leute
auch noch pekuniär stark
geschädigt werden, liegt
auf der Hand, da sie bei
einer Abwesenheit von
ihrer Wohnung während
langer Touren von 10,
12 u. sogar 24 Stunden
keinen Pfennig Extra-
vergütung erhalten. Nur
haben sie den einen Trost,
daß ihre Vorgesetzten und
Mitarbeiter, die Beamten,
ebenfalls nie einen Heller
Entschädigung erhalten.
Weider ist es während
des ganzen Jahres, wenn
auch nicht ganz so schlimm,
doch auch nicht be-
deutend besser und er-
träglich, besonders ist
natürlich während der
Weihnachts- und Neujahrs-
zeit der Dienst ein außer-
ordentlich anstrengender,
bei kärglichem Lohne. Man
kann deshalb dem „Reichs-
boten“ nur zustimmen, wenn
er sagt: „Diese Zustände
können und dürfen nicht
länger geduldet werden.
Wenn der Staat hier als
Arbeitgeber seine Arbeiter
so überlastet, und noch
dazu bei einem so ge-
winnsamen Geschäft wie
die Post, was sollen die
Privaten thun? Unter
solcher dauernden Arbeits-
last muß der Mensch
physisch und moralisch
zusammenbrechen. Wie
verträgt sich das mit
der Fürsorge der kaiser-
lichen Post für die Arbeiter?“

Darmstadt, 11. Juni.
In Betreff der kirchen-
politischen Lage wurde,
laut dem „Mainzer Jour-
nal“, in der zweiten
Kammer folgende Inter-
pellation eingebracht:
„Nachdem das Königreich
Preußen im Jahre 1873
durch die sogenannten
Maiegesetze die bis dahin
bestandene friedliche Be-
ziehungen zwischen Kirche
und Staat vollständig ab-
gebrochen, und die kirch-
lichen Angelegenheiten der
katholischen Bevölkerung
einstufig regeln zu müssen
geglaubt hatte, folgte
im Jahre 1875 die groß-
herzoglich hessische Re-
gierung, unter

Zustimmung der Mehrheit
der gesetzgebenden Körperschaften
des Landes, dem von dem tonangebenden Bundes-
vorstande eingeführten kirchenpolitischen System. Seitdem ist
nahezu ein Jahrzehnt verfloßen und die Folgen, welche die
oben bezeichneten Gesetze für unser Land gehabt haben, be-
stehen, soweit sie die Kirche betreffen, in der Verwaisung
einer großen Anzahl Pfarreien, der Erschwerung einer geord-
neten Seelsorge, in der Aufhebung verschiedener Lehranstalten,
sowie in der Unmöglichkeit, im Zustande des Clerus nach den
kirchlichen Vorschriften heranzubilden. Erfolge für den Staat
sind dabei nirgends erzielt worden, man müßte denn die
Schwächung der Autorität, sowie die immer mehr wachsende
Unzufriedenheit eines nicht unbeträchtlichen Theiles der Be-
völkerung als solche gelten lassen. Jedenfalls darf jetzt schon
— ebenso wie dieses in Preußen und Baden der Fall ist —
der ursprünglich beabsichtigte Zweck der Gesetze als vollständig
verfehlt betrachtet werden.

Angesichts der immer mehr überhandnehmenden Gewissens-
noth der katholischen Staatsangehörigen sind nun in den
vorgenannten Ländern wiederholt Versuche gemacht worden,
den bestehenden unerquicklichen Zuständen ein Ende zu machen.

Wenn nun auch im Großherzogthum bis jetzt eine sehr
beschränkte Nothseelsorge, sowie die Spendung der Sacramente
an die Sterbenden im Großen und Ganzen durch die kirchen-
gesetzgebung nicht absolut ausgeschlossen war, so ist es immer-
hin bei der stets wachsenden Zahl verwaister Pfarreien, und
bei der durch Ueberanstrengung beschleunigten Aufzehrung der
zur Zeit noch verfügbaren seelsorglichen Kräfte nur eine
Frage sehr kurzer Zeit, ob auch diese traurige Folge der
kirchenpolitischen Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts bei uns
im weitesten Umfange Platz greifen, und ob die Katholiken
des Landes für die Zukunft sich noch in der Möglichkeit
befinden werden, ihren religiösen Pflichten genügen zu können.

Daß demnach für uns nicht weniger Gründe vorliegen,
hier Abhülfe zu schaffen, wie in Preußen und Baden, unter-
liegt wohl keinem Zweifel. Die Unterzeichneten richten des-
halb an die großherzogliche Regierung die Frage:

Ob in dieser Richtung bereits Schritte gethan“ oder be-
absichtigt sind, um wenigstens die Befreiung des bishöf-
lichen Stuhles, und durch Unterhandlungen mit der kirch-
lichen Behörde einen sogenannten modus vivendi vorerst
herbeizuführen.

Darmstadt, 9. Juni 1883.
Rade, Franz, Geier, Pennrich, Wasserburg,
v. Jungenfeld, Falk, Wolz.

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Unläßlich der Debatten in der fran-
zösischen Presse über den nunmehr in der Kammer erledigten
Entwurf betreffend die Reform des Gerichtspersonals
ist eine interessante Thatsache enthüllt worden. Der Abgeord-
nete Ribot, einer der hervorragendsten Führer der gemäßig-
ten oder liberalen Republikaner, hatte in seiner Rede gegen
den Entwurf, der die Unabsetzbarkeit der Richter auf drei
Monate aufhebt, für seine Meinung auch Gambetta ins
Feld geführt, was ihm einen heftigen Angriff von Seiten der
„Republique française“ eintrachte, die energisch dagegen protes-
tirte, daß ihr Abgott etwas mit einem Manne wie Ribot ge-
mein habe. Da kommt nun das „Parlament“, das Organ
Ribot's, und enthüllt die Thatsache, daß Ribot sich unter
denjenigen befindet, denen Gambetta im November 1881, als
er sein „großes Ministerium“ bilden wollte, einen Minister-
posten anbot, und zwar gerade den der Justiz. Einer Ein-
wendung, die Ribot sofort machen wollte, kam Gambetta zuvor,
indem er sagte: „Meine Pläne hinsichtlich des Gerichtswesens
süßen Ihnen vielleicht Bedenken ein. Verabreichen Sie sich, ich
räthre nicht an die Unabsetzbarkeit der Richter, und denke
an diesen Punkt, wie Sie. Als Advokat, der im Justiz-
palaste ein- und ausgegangen ist, weiß ich, daß das Kaiser-
reich sich bei dem intelligenten Publikum durch seine indirecten
Angriffe gegen die Unabsetzbarkeit der Richter ungemein ge-
schadet hat. Sie würden aber einer Reform beitreten, welche
mit einer ziemlich großen Anzahl von Richterstellen die sie
befehlenden Richter selbst beseitigt?“ — „Gewiß“, entgegnete
Herr Ribot. — „Sehr wohl, dies ist die einzige Reform, die
ich beabsichtige. Seien Sie also wegen dieser Frage ohne
Sorgen!“ Das „große Ministerium“ kam aus andern Gründen
nicht zu Stande, aber die hier gemeldete Thatsache beweist,
daß selbst Gambetta in dieser Beziehung nicht so weit ging,
wie seine Anhänger.

Italien.

Rom, 9. Juni. Das „B. L.“ bringt folgende Nach-
richt: In Folge der zweifelhafte Aufnahme, welche das
päpstliche Rundschreiben fand, welches der Papst am 11. Mai
an den irischen Episkopat richtete, befaß Leo XIII. die
Herausgabe eines päpstlichen Grünbuchs zum Beweis, daß
der Papst bei Verhandlung der irischen Frage seinen bisher-
gen Anschauungen treu blieb. Dieses Grünbuch ist betitelt:
„De rebus hibernicis nuperrima apostolica sedis acta“,
(die neuesten Verfügungen des apostolischen Stuhles über die
irischen Angelegenheiten) — und wird heute Abend erscheinen.
Es enthält drei Papstbriefe an den Cardinal-Erzbischof Mac
Cabe in Dublin, zwei Rundschreiben der Propaganda fidei
an den irischen Episkopat, und beginnt mit dem 1. Juni
1880. Alle englisch redenden Bischöfe der ganzen Welt er-
halten das Grünbuch zugesandt. Nach Irland gehen heute
tausend Exemplare in englischer Sprache. Alle englischen
Staatsmänner und Parlamentarier erhalten dasselbe zuge-
schickt, um darzutun, daß der Vatican an dem Inhalt des
Rundschreibens vom 11. Mai festzuhalten gedenke.

Rußland.

Petersburg, 10. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin
sind soeben wohlbehalten hier eingetroffen und von der dicht-
gedrängten Volksmenge mit begeisterten Kundgebungen empfan-
gen worden. Die Majestäten fuhrten sofort nach der Ankunft
im offenen Wagen nach der Kasanschen Kathedrale. Die
Truppen bildeten längs dem Newski Prospect Spalier, die
Stadt ist aufs Festliche geschmückt. Das Wetter ist schön.
Aus der Kasanschen Kathedrale begaben sich die Majestäten
ohne weiteren Aufenthalt mittels Dampfers nach Peterhof.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 13. Juni. In der heutigen Sitzung des Königl.
Schöffengerichts, in welcher unter dem Vorstehe des
Unterrichters Straußen als Schöffen Wilhelm Bock,
Gutspächter zu Bongarthof, und Apolthier Robert Vetter
zu Neuß gegenwärtig waren, kam folgende Sache zur Ver-
handlung: In der Privatklagesache des Directors Stephan
K. zu Neuß, Privatkläger, gegen den Commis Heinrich B.
baselst, Privatverklagter, war der Letztere angeklagt, im Fe-
bruar d. J. zu Neuß öffentlich wider besseres Wissen in Be-
ziehung auf den Privatkläger unwahre Thatsachen behauptet
zu haben, welche denselben verächtlich zu machen, oder in der
öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind. In die-
ser Sache, welche von Morgens 9—12 1/2 Uhr dauerte, wur-
den 18 Zeugen vernommen und der Privatverklagte von Stra-
ße und Kosten freigesprochen.

Nächste Sitzung am 20. Juni c.
Neuß, 13. Juni. Ein hiesiger Metzgermeister wollte
gestern Nachmittag einem Fuhrmann, welchem sein Pferd
gefallen war, behäuflich sein und wurde bei dieser Gelegenheit
von dem Pferde so stark vor's Bein getreten, daß er wohl
drei Wochen arbeitsunfähig sein wird.

Auf der Grefelderstraße fiel gestern Nachmittag ein
zähriges Kind in die offen gelassene Düngergrube, so daß
es mit vieler Mühe und Hülfe herausgeholt werden mußte.

Köln, 12. Juni. Der Strife der Schreinergefallen hat,
laut dem „Allg. Anz.“, sein Ende erreicht. Die Gesellen be-
haupten, es sei außer der Abführung der Arbeitszeit auch eine
Lohnerhöhung von 12 1/2 pCt. erzielt worden; ferner habe das
Comite 500 M., welche gestern zur Unterstützung des Strikes
von auswärts hier eingetroffen seien, zurückgeschickt, und den
Kassenbestand von 300 M. werde man dem Strikecomite in
Münster übermitteln.

Stolberg, 12. Juni. Zur Warnung theilt man dem
Echo der Gegenwart Folgendes mit: „Als heute Abend der
Schnellzug bereits in Bewegung war, sprang ein unbekannter
Mann auf das Trittbrett und versuchte einzusteigen. Ober-
halb des Perrons fiel er von dem Trittbrett herunter und
wurde am rechten Fuße überfahren. Die Verletzung war
derart, daß er in das Hospital gebracht werden mußte.“

Kirchthath, 10. Juni. Der wegen seiner Gelehrsamkeit
und seiner Arbeiten für die „Stimmen aus Maria Laach“
bekannte und hochgeschätzte P. Bauer S. J. ist heute Morgen
nach langjährigem Leiden gestorben.

Eupen, 10. Juni. Gestern Nachmittag entlud sich über
unserer Stadt ein furchtbares Gewitter. In dem Vororte
Risport schlug der Blitz, laut dem „Echo“, in einen vor der
Wohnung des Alerers Nic. Otten stehenden Baum, sprang
dann auf das Haus über und traf den am Fenster stehenden
Hauseigentümer mit solcher Gewalt, daß derselbe auf den
Gang geschleudert wurde und sofort seinen Geist aufgab.

Küllburg, 12. Juni. Ein schweres Unglück betraf eine
arme Frau aus Kulberg. Der Mann arbeitete, schreibt
man der „Frier. Bzg.“, im Walde und hielt sein Mittags-
schlafchen. Beim Erwachen fühlte er Schmerz am Halse, den
er jedoch nicht weiter beachtete. Derselbe rührte von einem
Fliegenstiche her. Der Arzt constatirte eine Blutvergiftung,
welcher der arme Mann bald darauf erlag.

Herrstein, 12. Juni. Bei einem Freitag Nachmittag
hier stattgehabten Gewitter erschlug der Blitz die Schafherde
der Gemeinde Niederhofenbach. Dieselbe zählte 76 Schafe
und war vom Firten in einen zwischen Bachholdersträuchern
errichteten Pferd getrieben, während sich der Schafhirt nach
Hause begeben hatte, um zu Mittag zu essen. Bei seiner
Rückkehr zur Herde fand er die Schafe todt vor.

Steele, 10. Juni. Ein Vergarbeiter aus Freisenbruch
sah dieser Tage unter der Auflage des Betruges auf der
Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts. Der Vergarbeiter
befand sich, berichtet die „Ff. Bzg.“, im Besitze eines Dom-
bauloses und las zur Zeit der Forderung in einer Wirthschaft
in Königsfeld in der „Steele Zeitung“, daß sein Loos mit
einem Gewinn von 100 M. herausgekommen sei. Mehrere
Gäste suchten das Gewinnloos abzufragen, und blieb ein
israelitischer Kaufmann zu dem Meistgebot von 85 M. Ver-
bieter. Nachdem das Geschäft abgewickelt war und Ab-
lösung stattgefunden hatte, stellte sich heraus, daß jene Zeit-
ungsnachricht unrichtig war und das Loos nicht gewonnen
hatte. Der Verkäufer stellte nun, da der Verkäufer des Looses
die Herausgabe des Geldes weigerte, Strafantrag wegen Bet-
rugs gegen den Vergarbeiter. Die Verhandlung endete indeß
mit der Freisprechung des Beschuldigten, indem weder ein
Betrug noch ein Versuch eines solchen Betruges constatirt
wurde. Die Verhandlung ergab klar, daß der Beschuldigte
nur in gutem Glauben gehandelt hatte.

Vermischtes.

